

## Absprachen im Strafprozess

Bearbeitet von  
Dr. Dirk Sauer, Dr. Sebastian Münkel

2., neu bearbeitete Auflage 2014. Buch. XXVI, 344 S. Kartoniert  
ISBN 978 3 8114 3642 8  
Format (B x L): 14,7 x 21 cm

[Recht > Strafrecht > Strafverfahrensrecht, Opferschutz](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](http://beck-shop.de) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

# Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort der Herausgeber</i> .....	V
<i>Vorwort der Verfasser</i> .....	VII
<i>Abkürzungsverzeichnis</i> .....	XXI

## Teil 1

### Grundlagen: Für den Konsens, gegen den „Deal“

A. Ausgangspunkt: Urteilsabsprachen nicht als Umwälzung, sondern als Ergänzung der StPO .....	1
B. Möglichkeiten konsensualer Verfahrenserledigungen im deutschen Strafprozessrecht .....	2
I. Das Strafbefehlsverfahren und §§ 153 ff. als hergebrachte Möglichkeiten konsensualer Verfahrenserledigungen .....	2
1. Hintergründe und Problematik der Vorschriften .....	2
2. Faktische Existenz konsensualer Verfahrensbeendigungen als zwingende Folge .....	9
II. Das Gesetz zur Regelung der Verständigung im Strafverfahren im Überblick .....	11
1. Entstehungsgeschichte .....	11
2. Die „großen Linien“ der Reform .....	14
C. Einordnung der Entwicklung .....	16
I. Positionsbestimmung .....	16
1. Rechtspolitik, Rechtsdogmatik, Rechtsanwendung .....	16
2. Gegenkritik .....	19
a) Vermischung von Rechtspolitik und Rechtsdogmatik .....	19
b) Rechtsdogmatik contra legem .....	21
aa) Rechtsdogmatik de lege lata! .....	21
bb) Keine höheren Anforderungen als an nicht abgesprochene Urteile .....	22
cc) Widerspruch zur Anerkennung des Strafbefehlsverfahrens .....	23
dd) Begrenzt sinnvolle Suche nach einer „Rechtsnatur“ .....	23
3. Terminologie und Gang der Darstellung .....	24
II. Mutmaßliche Ursachen der Stärkung konsensualer Elemente im Strafprozess .....	26
1. Von der Vergeltung zur Prävention .....	26
2. Das „Opfer“ als Prozesssubjekt .....	27

3. Problematische Ausweitungen von Strafbarkeitsbereichen . . . . .	28
4. Vom Strafprozess zum Meta-Verfahren . . . . .	30
5. Zwischenfazit . . . . .	31
III. Erste praktische Konsequenzen der Bindung an das geltende Recht . . . . .	33
1. Kein grundsätzlicher Gegensatz zwischen Prozessrecht und Mandanteninteresse . . . . .	33
2. Weder Wunderwaffe noch Bankrotterklärung der Verteidigung . . . . .	40
3. Kein durchgängiger Widerspruch zwischen Konflikt und Konsens . . . . .	41

## Teil 2

### Verfahrensbeendigende Verständigungen jenseits der Urteilsabsprache

A. Vorbemerkungen zur Stärkung des dialogischen Elements in der StPO: §§ 160b, 202a, 212, 257b . . . . .	42
I. Übersicht . . . . .	42
II. Einzelheiten . . . . .	43
1. Verfahrensbeteiligte . . . . .	43
2. „Aktenkundig zu machen“ . . . . .	45
3. Voraussetzungen und Folgen . . . . .	46
B. Die Ausgestaltung des Opportunitätsprinzips in der StPO im Einzelnen: §§ 153 ff. . . . .	48
I. Übersicht . . . . .	48
II. Einstellung wegen Geringfügigkeit oder nach Erfüllung von Auflagen, §§ 153, 153a . . . . .	49
1. Voraussetzungen und Mitwirkungsmöglichkeiten . . . . .	49
a) Anwendungsbereich . . . . .	49
b) Schuldschwere und öffentliches Interesse an der Strafverfolgung . . . . .	50
c) Zustimmungserfordernisse . . . . .	52
2. Hinweise zum Verfahren bei § 153a . . . . .	53
a) Vorläufige Einstellung, Auflage und Aufлагenerfüllung . . . . .	53
b) Endgültige Einstellung . . . . .	54
c) § 153a und Geständnis . . . . .	55
III. Absehen von Verfolgung und Beschränkung der Strafverfolgung nach §§ 154, 154a . . . . .	56
IV. Exkurs: Entschädigung für erlittene Strafverfolgungsmaßnahmen nach den Bestimmungen des StrEG bei Einstellung des Verfahrens nach § 153 ff . . . . .	58
V. Fristsetzung nach § 154d . . . . .	59

C. Diversion im Jugendstrafrecht .....	60
I. Überblick .....	60
II. Unterschiede zwischen §§ 153, 153a und §§ 45, 47 JGG .....	61
III. Zu den einzelnen Einstellungsmöglichkeiten nach §§ 45, 47 JGG	62
1. Übersicht .....	62
2. Einstellung wegen Geringfügigkeit, §§ 45 Abs. 1; 47 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 JGG .....	63
3. Einstellung mit Blick auf erzieherische Maßnahmen §§ 45 Abs. 2; 47 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 JGG .....	64
4. Formloses jugendrichterliches Erziehungsverfahren §§ 45 Abs. 3, 47 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 JGG .....	65
5. Zur Rechtswirkung der Einstellung nach §§ 45, 47 JGG .....	66
IV. Konkurrenz der §§ 45, 47 JGG zu §§ 153, 153a .....	66
D. Einstellungsmöglichkeiten im Betäubungsmittelstrafrecht .....	67
I. Überblick .....	67
II. § 31a Abs. 2 BtMG .....	68
III. § 37 BtMG .....	69
E. Das Strafbefehlsverfahren, §§ 407 ff .....	70
I. Vorbemerkungen zu Strafbefehl und Verständigung im Strafprozess	70
II. Einzelfragen des Strafbefehlsverfahrens .....	72
F. Konsensuale Elemente im Recht der Ordnungswidrigkeiten .....	76
I. Überblick .....	76
II. Entscheidung über die Einspruchserhebung .....	77
III. Einstellung aus Opportunitätsgründen .....	79
1. Voraussetzungen der Einstellung nach § 47 OWiG .....	80
2. Folgen der Einstellung nach § 47 OWiG .....	81
3. Wechselwirkungen zwischen Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren .....	82
G. Konsensuale Elemente im Bereich des Privatklageverfahrens .....	83

### **Teil 3**

#### **Die Urteilsabsprache nach der Reform der StPO**

A. Vorbemerkungen .....	85
B. Rückblick: Die Urteilsabsprachen in der früheren Rechtsprechung des BGH .....	89
I. Ausgangsüberlegungen .....	89
II. Formale Vorgaben .....	92

III. Inhaltliche Vorgaben .....	94
IV. Fehlerfolgen, insbesondere Revisibilität von Regelverstößen .....	95
V. Die frühere Rechtsprechung des BGH zur informellen (oder auch: gescheiterten oder einseitigen) Verständigung .....	97
VI. Die Entscheidung BGHSt 50, 40 ff. als Ausgangspunkt der Gesetzesreform .....	99
C. Das Gesetz zur Regelung der Verständigung im Strafverfahren .....	99
I. Vorbemerkungen .....	99
II. Regelungsinhalt des § 257c .....	100
1. Übersicht .....	100
2. Grundsätzliche Zulässigkeit der Verständigung, § 257c Abs. 1 Satz 1 .....	101
3. Keine Einschränkung der Aufklärungspflicht, § 257c Abs. 1 Satz 2 .....	101
4. Mögliche Gegenstände einer Verständigung, § 257c Abs. 2 ....	102
5. Bekanntgabe des Inhalts der Verständigung, § 257c Abs. 3 Satz 1, 2 .....	104
6. Einbeziehung von Staatsanwaltschaft und Angeklagtem, § 257c Abs. 3 Satz 3, Satz 4 .....	106
7. Voraussetzungen und Folgen der Abweichung vom Inhalt der Verständigung, § 257c Abs. 4 .....	108
8. Belehrungspflicht, § 257c Abs. 5 .....	110
III. Flankierende Vorschriften .....	111
1. Vorbemerkung .....	111
2. Absicherung der Öffentlichkeit der Verständigungsgespräche: §§ 243 Abs. 4, 267 Abs. 3, Abs. 4 .....	111
3. Verständigung und Protokollierungspflichten, § 273 n.F. StPO, § 78 Abs. 2 OWiG n.F. ....	113
4. Verständigung und Rechtsmittel: §§ 35a, 44 Satz 2, 302 n.F. ...	115
D. Die Entscheidung des BVerfG vom 19.3.2013 .....	116
I. Information .....	116
1. Übersicht .....	116
2. Verfassungsrechtliche Einordnung des VerstG .....	118
3. Folgerungen im konkreten Fall .....	120
II. Interpretation .....	122
III. Eigene Position .....	123
E. Gelöste, ungelöste und neu geschaffene Rechtsprobleme der Urteilsabsprache .....	126
I. Vorüberlegungen .....	126
1. Ausgangspunkt .....	126
2. Grobsichtung: Problemschwerpunkte .....	127

II. Probleme mit dem Inhalt der Verständigung .....	129
1. Eignung des Falles, § 257c Abs. 1 Satz 1 .....	129
2. Gegenstände und Inhalt der Verständigung des § 257c Abs. 2	131
a) Übersicht .....	131
b) Seite des Gerichts: Rechtsfolgen als Urteils- oder Beschlussgegenstand .....	133
aa) Keine Vereinbarung einer Punktstrafe .....	133
bb) Strafaussetzung zur Bewährung .....	137
cc) Weitere Einzelfragen .....	137
c) Seite des Angeklagten .....	140
aa) Einleitung .....	140
bb) „Sonstiges Prozessverhalten“ .....	140
cc) Verhalten der Verteidigung als Absprachegegenstand ...	145
d) Insbesondere: Qualität des Geständnisses .....	146
e) Seite der Staatsanwaltschaft und der Nebenklage .....	149
aa) Seite der Staatsanwaltschaft .....	149
bb) Seite der Nebenklage .....	150
f) Ausdrückliche Verbote, § 257c Abs. 2 Satz 3 .....	150
aa) Keine Absprache über den Schuldspruch .....	150
bb) Keine Absprache über Maßregeln der Besserung und Sicherung .....	151
III. Probleme mit dem Verfahren der Verständigung .....	152
1. Übersicht .....	152
2. Vorgaben des BVerfG zum Verfahren bei Verständigungen nach § 257c im Einzelnen .....	152
a) Übersicht .....	152
b) Verfahrensöffentlichkeit und Transparenz .....	153
c) Insbesondere: Protokollierungspflicht .....	154
d) So genannte Bindungswirkung und Belehrungspflicht .....	155
e) Verfahrensverstöße und Revision .....	157
f) Zwischenfazit .....	158
3. Das Verständigungsverfahren in der Rechtsprechung der Revisionsgerichte .....	158
a) Übersicht .....	158
b) Verfahrensöffentlichkeit und Transparenz .....	159
aa) Mitteilungspflicht des § 243 Abs. 4 .....	159
bb) Insbesondere: Angabe der Strafober- und -untergrenze ...	161
c) So genannte Bindungswirkung und ihr Entfallen, § 257c Abs. 4	163
aa) Vorbemerkung: Irreführende Terminologie .....	163
bb) Wegfall der „Bindungswirkung“ .....	164
cc) Probleme des Beweisverwertungsverbots .....	165
dd) Bindung der Staatsanwaltschaft an die Verständigung? ....	166
d) Aufnahme der Verständigung in das Urteil, § 267 Abs. 3 Satz 5	167

IV. Insbesondere: Verständigung und Rechtsmittel .....	167
1. Rechtsmittelverzicht und Rechtsmittelrücknahme .....	167
2. Berufung gegen abgesprochene Urteile .....	168
3. Revision gegen abgesprochene Urteile .....	169
a) Übersicht .....	169
b) Reversible Rechtsverstöße jenseits des VerstG .....	170
c) Insbesondere: Verstöße gegen Vorschriften des Verständigungsgesetzes .....	174
aa) Verstöße gegen § 257c .....	174
bb) Verfahrensöffentlichkeit und Transparenz in der Revision .....	178
d) Exkurs: Geständniswiderruf und Wiederaufnahme nach Urteilsabsprache .....	180
4. Schlussfolgerungen aus der Perspektive der Verteidigung .....	181
V. Insbesondere: Problematik der einseitigen Zusage und der informellen Verständigung .....	182
1. Problemstellung .....	182
2. Antworten der Rechtsprechung .....	183
3. Eigene Position .....	186
4. „Informelle“ Absprache und Revision .....	187
a) Problemstellung .....	187
b) Stellungnahmen der Rechtsprechung .....	188
VI. Strafbarkeitsrisiken der Beteiligung an rechtswidrigen Absprachen	191
VII. Probleme im Zusammenhang mit spezifischen Regelungszusammenhängen .....	192
1. Ordnungswidrigkeitenverfahren .....	192
2. Jugendstrafrecht .....	194

## Teil 4

### Die Folgen der Verfahrensbeendigung

A. Ausgewählte Vorschriften des Strafzumessungsrechts mit Relevanz für verfahrensbeendende Absprachen im Strafprozess .....	196
I. Vorbemerkungen .....	196
II. Einzelfragen .....	197
1. Strafaussetzung zur Bewährung, § 56 StGB .....	197
2. Geldstrafe, §§ 40 ff. StGB .....	201
3. Kombination von Geldstrafe und Freiheitsstrafe, §§ 41, 53 Abs. 2 Satz 2 StGB .....	203
4. Verwarnung mit Strafvorbehalt, § 59 StGB .....	204
5. Täter-Opfer-Ausgleich, § 46a StGB .....	205
6. Berufsverbot und Verfall, §§ 70, 73 StGB .....	207

7. Aufklärungs- bzw. Präventionshilfe (§ 46b StGB) .....	208
8. Besonderheiten im Betäubungsmittelstrafrecht .....	210
9. Fahrverbot, § 44 StGB .....	210
B. Außerstrafrechtliche Folgen von Strafverfahren .....	211
I. Übersicht .....	211
II. Folgen von Strafverfahren für die Berufsausübung .....	213
1. Wirtschaftsrecht .....	213
a) Gewerbeuntersagung nach § 35 GewO .....	213
b) Ungeeignetheit für Organstellungen, § 6 Abs. 2 Satz 2 GmbHG, § 76 Abs. 3 Satz 2 AktG .....	216
2. Insbesondere: Bankrecht .....	217
3. Recht der freien Berufe .....	218
4. Insbesondere: Arztrecht .....	221
a) Übersicht .....	221
b) Drohendes Einschreiten der Kassenärztlichen Vereinigungen .....	221
c) Drohendes Einschreiten der Approbationsbehörden .....	223
d) Drohen des berufsgerichtlichen Verfahrens .....	226
e) Fazit .....	228
5. Beamtenrecht .....	228
III. Folgen von Strafverfahren außerhalb der Berufsausübung .....	231
1. Überblick .....	231
2. Waffenrecht .....	232
a) Überblick .....	232
b) Zwingende Unzuverlässigkeit (§ 5 Abs. 1 WaffG) .....	232
c) Regel-Unzuverlässigkeit .....	232
3. Jagdrecht .....	233
4. Aufenthaltsrecht .....	234
a) Überblick .....	234
b) Vorab: Sonderregelung für EU-Ausländer: Freizügigkeitsgesetz/EU .....	234
c) Die zwingende Ausweisung (§ 53 AufenthG) .....	235
d) Die Regelausweisung (§ 54 AufenthG) .....	236
e) Die Ermessensausweisung (§ 55 AufenthG) .....	236
f) Besonderer Ausweisungsschutz (§ 56 AufenthG) .....	237
IV. Gesetzliche Regelungen zum Umgang mit Informationen aus dem Strafverfahren .....	238
1. Vorbemerkungen .....	238
2. Einzelfragen .....	239
V. Steuerstrafverfahren und Besteuerungsverfahren .....	244
1. Vorbemerkung: Zusätzliche steuerliche Belastungen in Folge von Steuerstraftaten .....	244

2. Steuer- und steuerstrafrechtliche Schätzungen .....	246
a) Ausgangspunkt: Fehlende oder unzureichende Mitwirkung an der Besteuerung .....	246
b) Konsequenz: Durchführung steuerlicher Schätzungen .....	247
c) Rückwirkungen auf das Strafverfahren? .....	249
3. Strafprozessuale und tatsächliche Verständigung .....	250
VI. Zusammenfassung .....	253

## Teil 5

### **Konsensuale Verfahrensweisen bei einzelnen Maßnahmen und Entscheidungen während des laufenden Strafverfahrens**

A. Stoffsammlung .....	255
B. Normativer Rahmen .....	256
I. Weitgehendes Fehlen normativer Vorgaben .....	256
II. Grundsätzliche Zulässigkeit .....	257
III. Bindungswirkung? .....	258
C. Beispiele für konsensuale Verfahrensweisen im Ermittlungsverfahren	259
I. Akteneinsichtsrechte der Verteidigung und des „Verletzten“ .....	259
1. Akteneinsichtsrechte der Verteidigung .....	259
a) Gesetzliche Vorgaben .....	259
b) Verständigungspotential .....	261
2. Akteneinsichtsrechte vermeintlich Geschädigter .....	262
a) Gesetzliche Vorgaben .....	262
b) Verständigungspotential .....	263
II. Exkurs: Informationsweitergabe an die Presse .....	263
1. Vorbemerkung .....	263
2. Fallbeispiele aus der Rechtsprechung .....	264
3. Verständigungspotential .....	266
III. Beweisantragsrechte sowie Anwesenheitsrechte der Verteidigung bei Vernehmungen .....	266
1. Gesetzliche Vorgaben .....	266
2. Verständigungspotential .....	267
D. Insbesondere: Eingriffsmaßnahmen im Ermittlungsverfahren .....	268
I. Vorbemerkung .....	268
II. Gesetzliche Vorgaben .....	268
III. Verständigungspotential .....	271
E. Sonstiges .....	271
F. Fazit .....	272

## Teil 6

### Was man tun kann (oder lassen sollte): Praxishinweise

A. Möglichkeiten und Vorgehen bei einvernehmlicher Verfahrensbeendigung .....	274
I. Frühzeitige Klärung der Eignung des konkreten Falles .....	274
1. Problemstellung .....	274
2. Kriterien .....	275
3. Spezifische Risiken .....	278
a) Problemschwerpunkt: Folgen verfahrensbeendender Verständigungen .....	278
b) Immanente Gefahren der Verständigung im Strafverfahren	279
II. Insbesondere: Frühzeitige Klärung möglicher Folgen .....	282
1. Strafrechtliche Entscheidungsmöglichkeiten und ihre Folgen ...	282
a) §§ 153 ff .....	282
b) Strafbefehl Teil 2 Rn. 173 ff .....	283
c) Verurteilung .....	286
2. Außerstrafrechtliche Folgen .....	288
3. Risikominimierung durch Hinzuziehung weiterer Berater .....	289
4. Risikominimierung durch Einbeziehung aller Entscheidungsträger .....	291
III. Vorgehen im konkreten Fall .....	293
B. Konsensuale Gestaltung des Verfahrensverlaufs und einzelner Verfahrensschritte .....	300
I. Konfrontation und Kooperation als begrenzte Verhaltensalternativen für Ermittlungsbehörden und Verteidigung während des Verfahrens	300
1. Übersicht .....	300
2. Insbesondere: Umgang mit Informationen aus dem und über das Verfahren .....	302
a) Informationsweitergabe an öffentliche Stellen Rn. 635 ff .....	302
b) Verständigung über Akteneinsicht der Verteidigung Rn. 621 ff	303
aa) Abstimmung der Handhabung .....	303
bb) Echte Verständigung? .....	304
b) Verständigung und Akteneinsichtsrecht „Geschädigter“ oder Dritter Rn. 621 ff .....	303
c) Verständigung über das Verhalten gegenüber der Presse .....	306
d) Zusammenfassung .....	307
3. Insbesondere: Konsens und prozessuale Zwangsmaßnahme .....	307
a) Spezifische Risiken .....	307
b) Spezifische Chancen .....	309
c) Einzelfragen .....	310
aa) Durchsuchungsmaßnahmen .....	310

bb) Vermögensbeschlagnahmen nach §§ 111b ff .....	313
cc) Konsens und Untersuchungshaft .....	314
4. Insbesondere: Absprachen mit Bezug auf Vollzug und Vollstreckung .....	317
C. Praktische Konsequenzen der strikten Bindung an das geltende Recht: Grundlinien eines Verhaltenskodex .....	319
1. Vorbemerkung .....	319
2. Achtung des Selbstbestimmungsrechts des Mandanten .....	319
3. Keine Mitwirkung an Verurteilungen auf unzureichender oder unzutreffender Tatsachengrundlage .....	321
4. Keine Beliebigkeit hinsichtlich der Gegenstände von Verständigungen .....	323
5. Wahrung der Formen; Transparenz, Fairness, Stil .....	324
6. Kein „Strafverfahren light“ .....	325
7. Fazit: Verteidigung ist Verteidigung ist Verteidigung .....	325
D. Schlussbetrachtung .....	331
<i>Literaturverzeichnis</i> .....	334
<i>Stichwortverzeichnis</i> .....	341